



**TRANSPARENCY  
INTERNATIONAL**  
Deutschland e.V.

Die Koalition gegen Korruption.

Transparency International Deutschland e.V.  
Alte Schönhauser Str. 44  
D – 10119 Berlin

**Dr. Anke Martiny**  
Mitglied des Vorstandes  
E-Mail: [amartiny@transparency.de](mailto:amartiny@transparency.de)  
[www.transparency.de](http://www.transparency.de)

## **Aktuelle Reformkonzepte in der Debatte**

Rede auf der Jahrestagung des BdB e.V. am 29. März 2014

Am Anfang meines Diskussionsbeitrags steht ein dreifacher Dank – für die Einladung, für das Interesse an der Arbeit von Transparency Deutschland, für die kritische Auseinandersetzung mit unserem Papier „Transparenzmängel, Betrug und Korruption im Bereich der Pflege und Betreuung“.

Ein Vergleich unserer beiden Organisationen soll am Anfang stehen. Der BdB ist ein Fach- und Interessenverband, in dem sich 6500 Einzelmitglieder und 180 Betreuungsvereine, insgesamt etwa die Hälfte der selbstständigen Berufsbetreuer Deutschlands organisiert haben. Sie haben eine solide Basis für eine wirkungsvolle Interessenvertretung. Das haben Vertreter des Vorstands bei einer Zusammenkunft in Berlin erklärt. - Transparency Deutschland hat rund 1200 Mitglieder, davon 45 korporative, nämlich Industrieunternehmen und Kommunen. Unser Budget umfasst etwa 300 000 Euro. Alle Angaben können Sie im Internet finden. Wir leben von Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Bußgeldern, vor allem aber vom ehrenamtlichen Engagement unserer Mitglieder, die oft einen eindrucksvollen Berufsweg hinter sich haben. Mit diesen begrenzten Mitteln bekämpfen wir Korruption – vor allem präventiv, denn wir greifen keine Einzelfälle auf, sondern kümmern uns um die Strukturen von Korruption und dies möglichst flächendeckend. Im Geschäftsverkehr, bei Ausschreibungen und Vergaben, in der Entwicklungszusammenarbeit, als Compliance in Großunternehmen, im Falle möglicher Bestechung bei Abgeordneten oder Ärzten... etc. Natürlich nehmen wir Skandale wahr und versuchen, Folgerungen daraus abzuleiten, etwa bei der IHK Potsdam, bei der KV Berlin oder beim ADAC.

Die gemeinsame Basis von Transparency Deutschland und dem BdB ist also schmal. Während Sie sich ausschließlich mit dem Thema befassen, Ihren Beruf zu professionalisieren, haben wir gleichberechtigt die 65% der Betreuungen im Blick, die nach wie vor auf privater Basis im Verhältnis 1:1 verlaufen. Wir sehen, dass es nicht leicht ist, für die Berufsbetreuer Lösungen zu finden, die die familiäre Betreuung nicht diskreditieren. TI Deutschland hat aber kein Eigeninteresse in diesem Feld.

Es ist klar, dass wir in Deutschland ein eindeutiges Berufsbild für Berufsbetreuer brauchen und dass die berufliche Fortbildung verpflichtend geregelt sein muss. Die Zahl der Betreuungsfälle, die ein einzelner Betreuer versorgt, muss festgelegt sein .

Und ebenso müssen die Rechtspfleger nur eine begrenzte Zahl von Betreuern mit ihren Fällen kontrollieren dürfen. Darum kümmern Sie sich als Berufsverband. Der Gesetzgeber seinerseits muss sich darum kümmern, dass das Privatfeld nicht diskriminiert wird und dass die gesetzlichen Grundlagen eindeutig und klar sind. Die Aufgabe von TI Deutschland besteht dann darin, die Chancen und Gefahren in beiden Feldern zu analysieren und auf eine bestmögliche Lösung zu zielen. Eventuell würden wir auch noch durch Lobby-Arbeit Druck auszuüben versuchen, wenn Lösungen zu lange ausbleiben, und wir werden immer schlechte Lösungen (aus unserer Sicht) kritisieren und durch Einfluss auf Verhandlungspartner zu verhindern suchen. Aber die gesetzliche Betreuung bleibt für uns immer ein Arbeitsthema unter vielen.

Unser Papier trägt im Untertitel die Überschrift „**Schwachstellenanalyse**“. Hier ist also nicht zusammengetragen, wo es überall hervorragend funktioniert, sondern wo es Probleme gibt. Wir liefern gerade **kein Reformkonzept**. So haben wir festgestellt, dass rund 43 Milliarden Euro in den Bereich Pflege fließen, davon kommen knapp 18 Milliarden aus dem privaten Einkommen oder Vermögen der gepflegten oder betreuten Menschen. Über diese Summe wird an vielen Punkten im Pflegesystem nicht sauber abgerechnet, und Kontrollen sind wenig wirksam. Das finden wir problematisch. - Bei der Betreuung sind die Kosten für die Länderjustizverwaltungen von 1992 bis 2008 von 5 Millionen auf 640 Millionen Euro angewachsen bei einer Verdreifachung des Anteils der Betreuten. Das ist ein Kostenanstieg um 125 Prozent. Wodurch ist das geschehen, und wie sind die Strukturen, die diesen Anstieg ausgelöst haben? Diese Frage stellen wir uns im Interesse der Pflegeversicherten und der Steuerzahlenden. Davon handelt unser Papier.

Wir bemühen uns um einen gesetzlichen Schutz von **Whistleblowern**, zu deutsch: **Hinweisgebern**. Das spielt im Bereich von Pflege und Betreuung eine besondere Rolle. Ebenso der Umgang mit **Interessenkonflikten**. Letzterer ist im Betreuungsfall problematisch, weil das Machtverhältnis zwischen Betreuer und Betreutem so eindeutig zugunsten des Betreuers ausfällt. Dies festzustellen heißt nicht automatisch, dass man annimmt, jeder Betreuer nutze seine Machtposition zum Schaden des Betreuten aus. Aber die Gefahr besteht, und deshalb muss Sorge getroffen werden, dass dies nicht geschieht.

In diesem Sinne sind die Forderungen zu verstehen, die unser Papier enthält. Transparenz ist unser Schlüsselwort, eine wirkungsvolle und nicht eine „Pro-forma“- Kontrolle zur Aufblähung der Bürokratie muss damit einhergehen.

*Anke Martiny*